

EUROPA

Zoff um Bio-Subventionen

Europas Biodiesel-Branche sucht politischen und ökonomischen Beistand gegen die übermächtige amerikanische Konkurrenz. Anfang kommenden Jahres will der Dachverband European Biodiesel Board bei der Brüsseler EU-Kommission eine Anti-Dumping-Beschwerde einreichen, weil hochsubventionierter US-Sprit heimische Kraftstoffe vom Markt verdrängt. Vor allem deutsche Produzenten hätten inzwischen Anlagen abschalten oder herunterfahren müssen und seien in ihrer Existenz bedroht, denn der Preis der US-Importe liege weit unter den Herstellungskosten der heimischen Anbieter. Dabei wird Biosprit auch in Deutschland und anderen EU-Ländern kräftig gestützt, sowohl durch Steuerabschläge als auch durch gesetzliche Vorschriften, dem herkömmlichen Treibstoff grüne Anteile beizumischen. Washington setzt freilich mit seinem „Energy Policy Act of 2005“ deutlich mehr Geld ein, um der mächtigen Agrarindustrie neue Absatzkanäle, etwa für Soja und Mais, zu erschließen. Für ein „B99“ genanntes Spritzgemisch aus 99,9 Prozent Bio- und 0,1 Prozent Mineraldiesel kassieren die Hersteller drüben 99 Cents pro Gallone (4,5 Liter). Dieses „B99“ verkaufen sie dann als „reinen“ Biokraftstoff, also zusätzlich steuerbegünstigt, in



PAUL LANGROCK / ZENIT

Raps-Biodieselfrakterie in Wittenberg (Sachsen-Anhalt)

Europa. Gegen solche „Kampfpreise“ müsse die EU mit „Ausgleichszöllen“ vorgehen, fordern die hiesigen Biosprit-Mischer; das wird nicht leicht sein. Denn die US-Regierung meint, die Europäer sperrten sich nur erneut gegen den Wind des globalen Wettbewerbs. Der wird noch rauer: Auch aus Argentinien und Brasilien drängen billige subventionierte Biokraftstoffe nach Europa.



JOSE LIRAUZE / AP

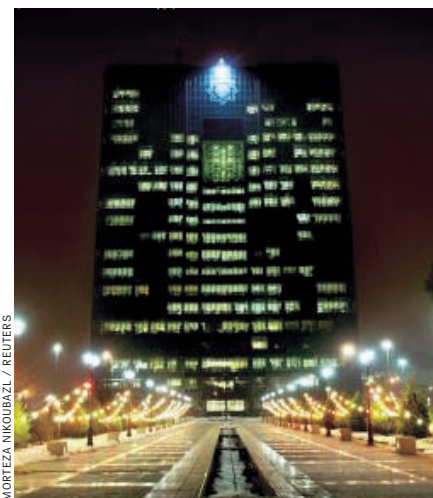
neuen Verfassung in La Paz

zwischen Landbesetzern und Ranchern hat es bereits Tote gegeben. Auch die ethnischen Konflikte des Andenstaats brechen jetzt auf: Das reiche Tiefland im Osten, wo die meisten Öl- und Gasvorkommen liegen, wird vorwiegend von Weißen und Mestizen bewohnt, während der Regierungssitz La Paz und das arme Andenhochland hauptsächlich von Indios besiedelt sind. Mit rassistischen Parolen stacheln die Milizen ihre Anhänger zum Kampf gegen die Indios auf, gleichzeitig wächst in der indianischen Bevölkerung der Hass auf die Weißen.

IRAN

Taktisches Spiel?

Für Geschäftspartner Teherans – darunter viele deutsche Firmen – brechen harte Zeiten an: Die iranische Führung hat in einer bisher geheim gehaltenen Direktive beschlossen, ihren in Europa arbeitenden Banken den Geldhahn zuzudrehen und ausstehende Schulden nicht mehr zu begleichen. Die Institute Sepah, Melli und Saderat, die zu 100 Prozent von der staatlich kontrollierten Zentralbank Irans (CBI) abhängig sind, haben in den vergangenen Wochen ihre internationalen Devisen im Verborgenen zurück in die Heimat transferiert, um die Teheraner CBI-Reserven aufzustocken und im Inland liquide zu bleiben. Die ausländischen Zweigstellen könnten bald Insolvenz anmelden, die Außenstände europäischer Geschäftspartner werden dann in die Hunderte Millionen Euro gehen. Was vor allem Unternehmen aus Deutschland bekümmert, dürfte von US-Politikern bejubelt werden: Washington ist davon überzeugt, dass die iranischen Aktionen auf die im Oktober ausgeweiteten US-Sanktionen gegen Teheran zurückzuführen sind, die Europäer glauben mehr an ein taktisches Spiel der Mullahs. Die Bush-Regierung versucht jetzt, Mehrheiten im Uno-Sicherheitsrat für eine Verschärfung der „extrem erfolgreichen“ Strafmaßnahmen zu erreichen. Russen und Chinesen aber sehen die „Geschäftsgrundlage“ für verschärfte Sanktionen entfallen. Iran hat sein Atomwaffenprogramm im Jahr 2003 eingestellt – so die neuesten Erkenntnisse der US-Geheimdienste.



MORTEZA NIKOUBAZL / REUTERS

Zentralbank Irans in Teheran